



Bundesregierung und Verbände der Wirtschaft bringen Initiative Energieeffizienz Netzwerke auf den Weg

Bundesregierung und Verbände der Wirtschaft bringen Initiative Energieeffizienz Netzwerke auf den Weg
Heute haben das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium gemeinsam eine Vereinbarung mit Verbänden und Organisationen der Wirtschaft zur flächendeckenden Einführung von Energieeffizienz Netzwerken unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist es, bis zum Jahr 2020 rund 500 neue Netzwerke zu etablieren und damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe zu leisten.
"Eine Kultur der Energieeffizienz lässt sich nicht durch den Gesetzgeber vorschreiben", so Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. "Deshalb setzen wir auf das freiwillige Instrument der Energieeffizienz Netzwerke. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: mit den Netzwerken können große und hochrentable Effizienzpotentiale in Unternehmen erschlossen werden."
"Die heutige Unterzeichnung der Vereinbarung zur Initiierung von 500 Energieeffizienz Netzwerken ist ein großer Schritt für mehr Klimaschutz in der deutschen Wirtschaft" so Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. "Mit der Vereinbarung setzen wir am Tag des Kabinettsbeschlusses zum 'Aktionsprogramm Klimaschutz 2020' und zum 'Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz' eine wichtige Maßnahme sofort um."
Ein Energieeffizienz Netzwerk besteht aus 8 bis 15 Unternehmen. Jedes Unternehmen setzt sich mit Hilfe eines erfahrenen Energieberaters ein Einsparziel und unterlegt dies mit Maßnahmen. In einem moderierten und vom Energieberater begleiteten Erfahrungsaustausch im Netzwerk setzen sich dann die Unternehmen ein gemeinsames Effizienzziel für ihre Netzwerkarbeit. Ergebnisse aus einem Netzwerk-Projekt haben gezeigt, dass die teilnehmenden Unternehmen ihre Energieeffizienz nach drei bis vier Jahren im Vergleich zum Branchendurchschnitt deutlich stärker verbessern, ihre Treibhausgasemissionen im Schnitt um 1000 Tonnen CO2 reduzieren und ihre Energieproduktivität doppelt so schnell wie der Branchendurchschnitt erhöhen konnten.
Die unterzeichnenden Verbände und Organisationen der Wirtschaft haben zugesagt, die Verbreitung von Energieeffizienz Netzwerken bei den Unternehmen über die gesamte Laufzeit der Vereinbarung zu fördern, unter anderem auch, indem sie als Initiatoren von Netzwerken auftreten. Die Bundesregierung wird u. a. durch Informationen und Instrumente für die praktische Durchführung tatkräftig zum Erfolg der Initiative beitragen. Die Umsetzung der Vereinbarung wird durch ein jährliches Monitoring begleitet.
Weitergehende Informationen zur aktuellen Energiepolitik finden Sie im alle 2 Wochen erscheinenden Newsletter "Energiewende direkt" des Bundeswirtschaftsministeriums.
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Scharnhorststr. 34-37
11019 Berlin
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmiw.bund.de
URL: <http://www.bmiw.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

bmiw.de
pressestelle@bmiw.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

bmiw.de
pressestelle@bmiw.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe